

**Zeitschrift:** Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

**Herausgeber:** Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

**Band:** 35 (1919)

**Heft:** 39

**Artikel:** Wohnungsnot

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-581123>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

wird man sich für den Entwurf wieder mehr an den Künstler oder Architekten wenden, während die Ausführung ganz gut einem tüchtigen Steinmeier übertragen werden kann. Der Künstler wird sich nicht zu vornehm dünken, Aufträge für kleinere und bescheidene Grabzeichen zu übernehmen oder Entwürfe für solche dem Handwerker zur Verfügung zu stellen. Auch im kleinen Werk wird sein edlerer Geschmack zum Ausdruck kommen. Von selbst werden künstlerische Werke nicht bloß den Geschmack des Publikums veredeln, sondern auch dem Handwerker reichlich Vorbild und Muster geben für seine eigenen Vorschläge und Arbeiten.

Wichtig ist, wer die Vorschriften handhabt. Es gehört hierzu Erfahrung und viel Verständnis. Es darf nicht bürokratisch verfahren werden; die Planvorlage muß rasche Erledigung finden. Im gegebenen Falle ist auch sofort Hilfe und Unterstützung durch eine Skizze oder sonstwie zu leisten; manchmal wird vielleicht persönliche Besprechung mit dem Entwerfer und mit dem Besteller am raschesten zum gewünschten Ziel führen. Bei gutem Willen wird man in jeder größeren Gemeinde oder dann in einem Bezirk die nötigen Kräfte finden, die bei einer solchen Vorprüfung mitwirken. Dass man da nicht allein auf Mitglieder einer Behörde abstellen wird, sofern sich nicht zufällig unter ihnen geeignete Persönlichkeiten finden, dürfte gegeben sein. Man wird unter Mitwirkung des Stadtbauamtes oder des Friedhofsvorstechers etwa zwei unbeteiligte, künstlerisch veranlagte Fachleute beziehen, so dass diese drei über die eingereichten Entwürfe endgültig zu entscheiden haben.

Ohne einen gewissen Zwang wird man das Ziel nicht erreichen. Während früher die Schönheit und Poesie der Friedhöfe etwas ganz Natürliches war, müssen heute

alle Mittel und viele Vorschriften angewandt werden, um sie neu erstehen zu lassen. Wohl wird man versuchen, einen ablehnenden Standpunkt einzunehmen gegen diese "künstlichen" Mittel; doch wird diese Übergangszeit bald vorbei sein. Hat erst einmal die Bewegung an allen Orten richtig Wurzel gefasst, so wird man die Neuerung als Wohltat empfinden. Ohne einen gewissen Zwang wird selten jemand auf die Schönheiten achten, die im Begriffe sind, uns fast verloren zu gehen. Das aufnahmefähige Volksgemüt wird hoffentlich die gute Absicht bald erkennen und ein eifriger Helfer und Förderer der Bestrebungen sein.

Zur Besserung und Gesundung auf diesem Gebiet bedarf es der Zusammenarbeit aller hiefür geeigneten und verantwortlichen Kräfte: Der Künstler und des Publikums, der Gelehrten und Laien, der Freunde der Heimatpflege und der Volkserzieher, aber nicht zum wenigsten der Gemeinde- und kirchlichen Behörden. Mögen alle an diesem schönen Werk mithelfen, unter dem Leitgedanken: Mehr Sinn, mehr treue Arbeit für die Stätte unserer Toten! Wenn der Einzelne will und alle Beteiligten helfen, könnten auch unsere Friedhöfe werden, was sie einst gewesen sind: Stätten echter Gefinnung und echter Kunst! E. Keller, Ingenieur, Rorschach.

## Wohnungsnot.

(Korrespondenz.)

Dienstag den 25. November fand in Bern die erste Sitzung der vom Bundesrat bestellten Expertenkommission zum Studium der Wohnungs-Siedlungsfrage unter dem Vorsitz von Herrn Direktor Rot-

# Seit Mai dieses Jahres mehr als 50 unserer neuen Hobelmaschinen verkauft!

### Wichtigste Vorteile:

Runde Sicherheitsmesserwelle mit Kehlvorrichtung, verstellbaren Doppeln u. Sicherheitsvorrichtung gegen Herausfliegen der Messer, in Kugellager laufend. — Nur ein Riemen nötig, gleichviel ob Antrieb durch Vorgelege od. direkt durch Elektromotor. Vorschub durch Friktionsgetriebe veränderlich. Abrichttische ausziehbar und in der Höhe verstellbar.

Schweiz. Patent ang. Nr. 99605



### Interessenten!

Versäumet nicht, unsere Offerte einzuholen u. unsere Neukonstruktionen im Gebrauch zu besichtigen, bevor Ihr einfache oder kombinierte Hobelmaschinen kauft.

Telephon Nr. 221

Telegramm- u. Briefadresse: 'Olma Olten'

**A.-G. OLMA**  
**Landquater Maschinenfabrik, Olten**

Verkaufsbüro Fischer & Süffert, Basel.

2851 e

plez statt. Herr Bundesrat Schultheß konnte der Sitzung wegen Arbeitsüberlastung leider nicht beiwohnen.

Herr Direktor Rotplez suchte einleitend die Entstehung der Wohnungsnot zu begründen. Während der ganzen Kriegszeit, also während voller fünf Jahre sind keine Neubauten entstanden, sodass auch dem natürlichen Bevölkerungszuwachs keine Wohngelegenheiten zur Verfügung gestellt werden konnten. Dazu kam die Rückkehr der vielen Auslandschweizer mit den Familien, die sehr oft die Mittel für die eventl. noch vorhandenen kostspieligeren Wohnungen nicht aufzubringen vermochten, da die Realisierung der mitgebrachten ausländischen Werte nur mit grossem Verlust möglich war.

Die Errstellungskosten von Wohnbauten wurden mehr und mehr in die Höhe geschaubt. Die Kriegsindustrie zog zum Schaden des Baugewerbes alle Arbeitskräfte durch ungeahnt hohe Löhne an sich. Bei der allmäglichen Liquidation dieser Industrien verlangten die verwöhnten Arbeiter auch im Baugewerbe dieselben Löhne und trieben so die Preise der Rohmaterialien in schwindelnde Höhen. Hauptsächlich die Kohlenpreise haben einen großen Einfluss auf die Herstellung des so überaus wichtigen Zementes. Dazu kommt die durch die Unsicherheit der Zukunft begründete Bauunlust. Die bis jetzt verausgabten 32 Millionen sollten der Arbeitslosigkeit für ein Jahr steuern. Der durch die Subventionen angeregte Umsatz war auf Fr. 120,000,000.— berechnet, es mag das der Eröffnung von zirka 5000 Wohnungen entsprechen.

Der Redner wendet sich dann gegen die kommunale Bautätigkeit, die schon aus finanziellen Gründen nicht zu empfehlen sei, abgesehen davon, dass alles kostspieliger zu stehen käme. Wird angenommen, eine Gemeinde erichte für Fr. 4,000,000.— Wohnbauten, so müsse sie zum vornehmerein Fr. 2,000,000.— als unverzinsbar abschreiben.

Werden aber diese Fr. 2,000,000.— der privaten Bautätigkeit, bestehenden Baugenossenschaften zur Verfügung gestellt, so sei der dadurch zu erzielende Umsatz ein ganz bedeutend grösserer.

Wie nun der tatsächlich vorhandenen Wohnungsnot entgegengewirkt werden soll, werde aus der Diskussion hervorgehen können. Vor allem sei die Verkehrsfrage für neue Siedelungen auf dem Lande, welche Frage er aber von der Wohnungsbaufrage vollständig trennen möchte, von weittragender Bedeutung.

Stadtpräsident Müller, Bern, erläuterte, was die Stadt Bern bis dato auf dem Gebiete des Wohnungswesens geleistet hat. Auch er sei der erste, den Weg zu betreten, der die Gemeinden vom kommunalen Wohnbau entbinden könne. Hingegen war es notwendig, zur Steuerung der allergrößten Not eine Anzahl von Bauten auf Rechnung der Gemeinde erstellen zu lassen, da die Privaten vorerst keine Lust zeigten, Hand anzulegen.

Herr Nationalrat Bonmatt wollte hauptsächlich die Verkehrsfrage eingehender prüfen lassen.

Herr Architekt Ramseyer zeigte sich erfreut, gehört zu haben, dass der Schweiz. Verband zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnbaues möglichste Unterstützung finden soll. Alle Arbeit aber habe erst dann einen positiven Erfolg, wenn vorher die Konkurrenz der bestehenden Wohnungen ausgeschaltet werden kann, sonst sei die Wiederauferstehung der privaten Bautätigkeit ausgeschlossen. Die Lösung dieses Problems mag allerdings auf nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten stoßen und müsse einem besonderen Studium unterstellt werden. Um billig und hauptsächlich viel zu bauen, solle man nicht von der Mietstabsnorm zur Einfamilienvilla, also nicht von einem Extrem ins andere fallen, sondern möglichst den Mittelpfad zu beschreiten suchen. Die Baugelder sollten steuerfrei gemacht werden können.

Herr Nationalrat Jäggi spricht für das Einfamilien-

haus. Im Interesse der Volksgesundung solle jeder frei, inmitten eines Gartens aufwachsen können. Das ist allerdings der sehnlichste Wunsch aller, doch wird vom Vorsitzenden richtig betont, dass die Leute mit keinen Mitteln von der Welt aus der Stadt herauszubringen seien, denn die heutige Generation wolle leben und sich in der Stadt vergnügen.

Dr. Bernhard (industrielle Landwirtschaft) weist auf die Wichtigkeit des Siedelungsproblems hin. Bei der Errichtung von Wohnkolonien wird leider viel zu wenig Rücksicht auf die Verkehrsmöglichkeit, auf die richtige Lage überhaupt, genommen. Die Ausdehnung der Städte oder die Ansiedelung auf dem Lande darf nicht allein auf Rechnung der landwirtschaftlichen Betriebe gehen. In der Nähe Winterthurs soll auf seine Anregung eine Kolonie auf Meliorationsboden entstehen, sodass weder Wies- noch Pflanzland verloren geht. Auch der Landflucht sei entgegenzutreten.

Damit das Siedelungsproblem mit grösserer Ruhe studiert werden kann, sollten vorläufig in den allerdringendsten Fällen billigere Wohnbaracken erstellt werden, vorzüglich dort, wo die Wohnungsnot voraussichtlich nicht zu einer akuten Krankheit auswachsen wird.

Interessant waren die Ausführungen vom Sekretär des Schweiz. Baumeisterverbandes, Herrn Dr. Cagianut. Versuche hätten ergeben, dass von der Normalisierung nicht alles erwartet werden dürfe. Schätzungsweise können damit höchstens 10 % der Kosten der normalisierten Bauteile eingespart werden. Hingegen könne mit einer einfacheren Bauart, wie sie im Auslande überall anzutreffen sei, noch viel eingespart werden. Auch die strengen Vorschriften der Gerüftkontrollstellen sollten vereinfacht werden können. Ebenso seien die amtlichen Vorschriften über die Zementmischungen und über die Belastungen viel zu streng. Auch die Mietämter hätten nicht auf der ganzen Linie vernünftig gewirtschaftet. Schuld an der Versteuerung sei aber vor allem der Achtstundentag, der für das Baugewerbe ein Unding sei. Das Bauhandwerk sei ein Saisonbetrieb, wo möglichst nur die schönen Tage ausgenutzt werden können. Der Achtstundentag bedeute für die Bauarbeiter eine Arbeitsleistung von zirka 35 Arbeitswochen per Jahr. Einschneidend sei noch der Umstand, dass bei der Arbeitszeiteinschränkung noch eine Wenigerleistung von 30—35 % konstatiert werden können, was die Baukosten wiederum bedeutend erhöht.

Der Vorsitzende bestätigt die Ansicht des Vorredners betreffend des Achtstundentages, der den Ruin eines ganzen Landes bedeuten könne. In erster Linie muss gearbeitet werden, wenn auf sozialem Gebiete etwas geleistet werden soll.

Da sich noch viele der Anwesenden zum Worte gemeldet haben, musste die Sitzung vertagt werden.

## Verbandswesen.

Zur Förderung des gemeinnützigen Wohnbaues hat sich ein Schweizerischer Verband gebildet. Präsident ist Stadtrat Dr. Klöti. Der Verband ist eine politisch neutrale Genossenschaft, die in Zürich ein ständiges Sekretariat errichtet hat, das im Amtshause III untergebracht ist; als Sekretär amtet Dr.-Ingenieur Hans Weber. Der Verband und sein Sekretariat wollen gemeinnützigen Genossenschaften, Gemeinden und Kantonen, sowie Einzelsfirmen, die auf gemeinnütziger Grundlage Wohnkolonien erstellen wollen, mit einem reichen Material und mit Rat und Tat in allen organisatorischen, genossenschaftlichen, technischen und finanziellen Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens sich zur Verfügung stellen und durch Sammlung aller Erfahrungen, Ausarbeitung zweckmässiger Organisationsformen, Ver-